

Aktuelle Debatte

Nach den Europaparlamentswahlen:
Regression beim Klimaschutz?

Editorial

Joachim Becker

In der Legislaturperiode des letzten Europaparlaments von 2019 bis 2024 und der entsprechenden Amtszeit der Europäischen Kommission von der Leyen I war die EU mit zahlreichen Krisen konfrontiert: Klimaerhitzung und Verlust an biologischer Vielfalt, antiquierte und ökologisch wenig passende Industriestrukturen, verfestigte Spaltung in reichere Zentrums- und ärmere Peripherieländer mit entsprechenden Spannungen in der Eurozone, Krieg in der Ukraine und jetzt auch in Gaza. Im Wahlkampf für das Europaparlament spielte hierbei nur der Umgang mit der ökologischen Krise und dem Krieg in der Ukraine eine Rolle. Hinzu kam vor allem von rechtsnationalistischer Seite noch die Frage des Umgangs mit Flüchtlingen und MigrantInnen vor allem aus dem Nahen Osten (primär Syrien, Irak und Afghanistan) und afrikanischen Staaten. Punkten konnten vor allem rechtsnationalistische Kräfte, die sich scharf gegen den European Green Deal wandten und scharf gegen MigrantInnen und auch (Kriegs-)Flüchtlinge aus nicht-europäischen Ländern agitierten. Wie Balibar (1990: 265 ff.) herausarbeitet, wird über die Frage der „Immigration“ politisch oft Rassismus artikuliert.

Die Wahl zum Europaparlament spiegelte dominante Trends auf nationalstaatlicher Ebene wider. Für die Politik und Gesetzgebung hat beides Bedeutung. Die Kommission muss zwar vom Europaparlament bestätigt werden, ihre Mitglieder werden aber von den nationalen Regierungen benannt. Auch in der EU-Gesetzgebung haben die nationalen Regierungen eine mitentscheidende Rolle. Hier sollen die wichtigsten Verschiebungen, die mit den Wahlen zum Europaparlament zusammenhängen, kurz diskutiert werden. Der Debattenteil wird sich vor allem mit der Frage auseinandersetzen, welche Konsequenzen die Rechtsverschiebungen im Europaparlament, aber auch in den Nationalstaaten für das Flaggship der Europäischen Kommission von der Leyen I, den European Green Deal, sowie ökologische Politiken im breiteren Sinne haben könnten.

Die nationalistische Rechte: Gewachsen, aber auch gespalten

Die nationalistische Rechte hatte bei den Wahlen zum Europaparlament Zuwächse zu verzeichnen. Die veränderten Kräfteverhältnisse sind vor allem auf der nationalistischen Rechten aufgrund der laufenden Umgruppierungen nicht so leicht darstellbar. Mit Stand vom 27. Juni kamen European Conservatives and Reformists (ECR) auf 11,53% der Sitze – im Vergleich zu 9,78% zu Ende der vorherigen Legislaturperiode (hier und auch folgend (European Parliament 2024a&b)). Die ebenfalls rechtsnationalistische Gruppe Identity and Democracy (ID) kam zu diesem Zeitpunkt auf 8,06% – auch hier ein kleiner Zuwachs im Vergleich zum Ende der Legislaturperiode mit 6,95%. Einige wichtige rechtsnationalistische Parteien, wie beispielsweise Fidesz oder die Alternative für Deutschland (AfD), waren zunächst keiner dieser Fraktionen zuzuordnen.

Die nationalistischen Rechtsparteien führten einen offensiven Wahlkampf und setzten oft auch die Themen. Neben ihrem traditionellen Thema – der Zurückweisung

nicht-europäischer Kriegsflüchtlinge und MigrantInnen – entdeckten sie ein weiteres Thema für sich: die Ablehnung selbst der vorsichtigen Ökologisierung der Wirtschaftspolitik der Europäischen Kommission (vgl. den Beitrag von Becker). Die Europäische Kommission hatte mit dem European Green Deal (EGD) auf die zunehmend massiveren Folgen der Klimaerhitzung und Klimaproteste einerseits und vor allem auf die Positionsverluste bei neuen Schlüsselbranchen und Produktionsprozessen für den Übergang bei Energiesystemen und Transportmitteln in Vergleich zu China und den USA reagiert. Dieser war stark technokratisch angelegt und wenig sozial abgefedert. Das fossile Kapital und der agro-industrielle Komplex suchten allerdings den EGD zumindest in Teilen zu stoppen oder auch wieder umzukehren (Vallet 2024: 28). Es kam auch zu sozialen Protesten, beispielsweise der Bauern. In dieser Konstellation positionierten sich nationalistische Rechtsparteien gegen die Dekarbonisierungsvorhaben der EU. Spezifisch den EGD nahmen die nationalistischen Rechtsparteien ins Visier (vgl. den Beitrag von Becker zu diesem Thema). So heißt es bei der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) in durchaus typischer Manier: „Wirtschaft und Wohlstand sichern, ‚Green Deal‘ Stoppen!“ (FPÖ 2024).

In anderen Politikfeldern ist die nationalistische Rechte weniger einig. Die meisten Parteien sind wirtschaftspolitisch sehr neoliberal orientiert. Einzelne Parteien wie polnische Prawo i Sprawiedliwość (PiS) zeigen hingegen stärker staatsinterventionistische Tendenzen. Nationalistische Parteien in den Zentrumsländern Westeuropas wollen geringe Transfers in die süd- und osteuropäische Peripherie, während für die nationalistische Rechte in der Peripherie ein erhebliches Interesse an gut dotierten Kohäsions- und Regionalfonds besteht. Der tiefste Riss ist hingegen geopolitischer Natur. Er betrifft die Haltung zum Krieg in der Ukraine und zu Russland. Einige rechtsnationalistische Parteien – wie PiS, die tschechische Občanská demokratická strana (ODS), die extreme Rechte in den Schweden, Finnland und den Baltischen Ländern sowie nach einer taktischen Kurskorrektur auch die Fratelli d’Italia – sind auf eine Unterstützung der Ukraine orientiert, vertreten zum Teil schon viele Jahre scharf anti-russische Positionen. Anderen rechtsnationalistische Parteien treten eher auf eine Deeskalationspolitik im Krieg in der Ukraine ein und kritisieren die EU-Sanktionspolitik. Dies gilt sehr markant für die ungarische Fidesz, die grundsätzlich auf eine multipolare Weltordnung orientiert ist (vgl. Orbán 2023). Für eine Deeskalationspolitik in der Ukraine treten in unterschiedlichen Schattierungen unter anderem auch die FPÖ oder die AfD ein. Einzelne weit rechts stehende Parteien hatten in der Vergangenheit recht enge Beziehungen nach Russland. Das Rassemblement National (RN) hielt sich, so Wiegand (2024: 6), zuletzt zum Krieg in der Ukraine und zu Russland eher bedeckt.

An der Frage der Haltung zum Ukraine-Krieg macht sich für die Europäische Volkspartei (EVP), SozialdemokratInnen, Liberale und auch Grüne letztlich die (Mit-)Regierungsfähigkeit fest. Anhand der geopolitischen Orientierungen setzte nach den Europaparlamentswahlen eine intensive Umgruppierung auf der nationalistischen Rechten ein. Die ECR, in der die Fratelli d’Italia und PiS die zentralen Kräfte sind, bedeutete nach den Parlamentswahlen Fidesz, dass für einen Beitritt zu Fraktion eine offene Unterstützung der Ukraine erforderlich sei (Halmai 2024: 8). Fidesz lancierte daraufhin mit der Akce nespokojených občanů (ANO) des tschechischen Expremiere Andrej Babiš, welche nach den EP-Wahlen die liberale Fraktion verlassen hatte, und der FPÖ die Initiative für die Bildung einer neuen rechtsnationalistischen Fraktion im Europarlament,

den Patriots for Europe. Binnen gut einer Woche erklärten mehrere nationalistische Rechtsparteien ihren Beitritt: RN, Lega, Vlaams Belang, Partij voor de Vrijheid (PVV), die Dansk Folkeparti, die portugiesische Chega und, als übertretende Partei aus den ECR, die spanische Vox. Damit geht, wie Die Presse (2024) festhält, „die bisherige ID-Fraktion fast vollständig in der neuen Gruppierung auf.“ Sie überholte an Sitzstärke daraufhin die ECR und ist nun die drittstärkste Fraktion im Europaparlament (Gutschker 2024b). In den Patriots for Europe ist die offen extreme Rechte noch stärker repräsentiert als in den ECR. Die Patriots for Europe sind außenpolitisch nicht homogen, allerdings spielen in Gruppierung Parteien, die für eine Deeskalation im Krieg in der Ukraine eintreten, eine starke Rolle (vgl. Serdült/Szabó 2024: 9). Einige Parteien, wie Fidesz und Vox, haben zudem sehr engen Kontakt zum rechten Flügel der US-amerikanischen Republikaner und deren Umfeld. Vox ist auch sehr eng mit der lateinamerikanischen extremen Rechten liiert.

Kurz vor der konstituierenden Sitzung des neuen Europaparlaments wurde auch noch eine dritte rechtsnationalistische Fraktion formiert: Europe of Sovereign Nations (ESN). Treibende Kraft war hier die AfD, die kurz vor den Europaparlamentswahlen aus der ID-Fraktion ausgeschlossen worden war und bei den anderen Fraktionen keinen Anschluss gefunden hatte. Als rechtsextrem-orientierte Konkurrentin der deutschen ChristdemokratInnen, welche die zentrale Kraft der EVP darstellen, ist die AfD ein Hindernis für eine potenzielle Annäherung rechtsnationalistischer Fraktionen an die EVP. Als Bündnispartner fand die AfD kleinere rechtsextrem-orientierte, teils auch deutlich faschistoid eingefärbte Parteien. Zu ihnen zählen die polnische Konfederacja, die slowakische Republika, Mi Hazánk aus Ungarn, die Vazrazhdane aus Bulgarien und Reconquête aus Frankreich, die tschechische Svoboda a přímá demokracie sowie eine litauische Kleinstpartei (Locke et al. 2024: 5). Gegen einzelne Abgeordnete der Konfederacja gab es Vorbehalte bei der AfD, darunter Grzegorz Braun. Dieser hatte dadurch Aufmerksamkeit auf sich gezogen, dass er im polnischen Parlament die Kerzen eines Chanukka-Leuchters mit einem Feuerlöscher auslöschte. Er gehört der Fraktion nicht an (ebd.). Konfederacja ist wirtschaftspolitisch eine ultraliberale Partei, gleichzeitig ist sie extrem ausländer- und frauenfeindlich. Ihre WählerInnen sind meist jung und männlich, besonders stark punktet sie auch bei Managern und Leitungspersonal (vgl. Kalukin 2023: 14). Sie weist deutliche Parallelen zur Bewegung des argentinischen Staatspräsidenten Javier Milei auf – ist allerdings deutlich älter. Vorbehalte gab es bei der AfD auch gegen den slowakischen Abgeordneten Milan Mazurek von der Republika (Popp 2024: 2). Diese Partei ist aus einer offen faschistischen Formation, der Ľudová strana – Naše Slovensko, hervorgegangen. Mazurek war im September 2019 rechtskräftig wegen rassistischer Äußerungen zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden. Die Verurteilung bedeutete damals auch den Verlust seines Parlamentsmandats (Vražda 2020: 182). Republika versucht sich ein gemäßigteres Image als ihre Herkunftspartei zu geben.

Nach den Regruppierungen stellen sich die Kräfteverhältnisse unter den nationalistischen Fraktionen wie folgt dar: Die stärkste Kraft sind die Patriots for Europe mit einem Sitzanteil von 11,67%. Nur geringfügig kleiner sind ist ECR-Fraktion mit einem Anteil von 10,83%. Die ESN ist eine Kleinfraktion mit 3,47% der Abgeordneten (European Parliament 2024c). Gemeinsam sind die drei nationalistischen Fraktionen damit fast so stark wie die stärkste Fraktion – die EVP.

Konsolidierte Zentralmacht EVP

Die EVP hat ihren Sitzanteil gegenüber der auslaufenden Legislaturperiode leicht von 24,96% auf 26,11% steigern können. Wie auf nationalstaatlicher Ebene ist auch bei den Wahlen zum Europaparlament zu erkennen, dass sich die ChristdemokratInnen den Positionen der nationalistischen Rechten annähern. Im Vorfeld der Europaparlamentswahlen hat die EU auf maßgebliche Initiative christdemokratischer Kräfte das Asylrecht deutlich beschnitten. In den letzten Monaten haben sich die EVP und ihre Mitgliedsparteien verschiedene EU-Gesetzesinitiativen, die mit dem EGD zusammenhängen, zum Scheitern gebracht oder zumindest empfindlich abgeschwächt (siehe die Beiträge von Berger/Tölgyes und Becker). In abgemilderter Form übernahmen sie dabei Argumentationsmuster der nationalistischen Rechten, wie eine angebliche Bedrohung der Wettbewerbsfähigkeit oder Ernährungssicherheit. Die Abgrenzung von Kräften der nationalistischen Rechten erfolgte vor allem geopolitisch – und damit auch nicht prinzipiell. Rechtsnationalistische Kräfte, die für eine Deeskalationspolitik im Krieg in der Ukraine eintreten, werden als pro-russisch stigmatisiert. Parteien, die, wie die Fratelli d’Italia, die NATO-Linie gegenüber Russland vertreten und für Waffenlieferungen an die Ukraine eintreten, gelten hingegen für potenziell paktfähig. So erklärte Ursula von der Leyen vor der Europaparlamentswahl zu Giorgia Meloni von den post-faschistischen Fratelli d’Italia: „Sie ist eindeutig pro-europäisch, gegen Putin, sie ist da sehr klar (...). Wenn das so bleibt, bieten wir ihr eine Zusammenarbeit an“ (zit. nach FAZ 2024a: 1).

VerliererInnen: Liberale und Grüne

Zwei Fraktionen im Europaparlament haben deutlich verloren: Liberale und Grüne. Die neoliberale Grundkonstitution der EU harmoniert im Prinzip sehr gut mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der liberalen Parteien – die sozio-ökonomisch allerdings ein deutliches Minderheitenprogramm repräsentieren. Der Anteil der liberalen Renew-Fraktion ging von 14,18% am Ende der Legislaturperiode 2019-2024 auf nur noch 10,69% am 11. Juli 2024 zurück (European Parliament 2024b & c). Hierbei spielten vor allem zwei Parteien eine wesentliche Rolle. Die liberale Partei von Emmanuel Macron, welche die größte Gruppe in der alten Renew-Fraktion gestellt hatte, erlitt 2024 ein komplettes Debakel. Macron hatte wichtige – höchst unpopuläre – Vorhaben, wie die Pensionsreform, per Dekret durchgesetzt und zeigte sich außenpolitisch völlig erratisch, gerade auch im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine. Zu Beginn des Krieges ließ Macron verlauten, man dürfe „Russland nicht demütigen“ (zit. nach Rzepski 2024: 5), im Frühjahr 2024 sprach er sich für die Entsendung französischer Truppen in die Ukraine aus. Für die im Inneren autoritäre und anti-soziale und die nach Außen erratische Politik bekamen Frankreichs Liberale die Quittung. Kurz nach den EP-Wahlen verlor die Renew-Fraktion auch ihre zweitstärkste Kraft: die tschechische ANO. ANO liegt zwar wirtschaftspolitisch auf Linie der Liberalen, aber sozialpolitisch war sie stärker auf die Gewinnung von Konsens in den populären Klassen gerichtet. Sie hatte sich zunehmend in eine nationalistische Richtung entwickelt. Als Grund für den Austritt gab Babiš die Migrationsfrage und den Green Deal an (Právo 2024: 4). Babiš ist geschäftlich stark im Agrobusiness und in der Agrochemie engagiert – und von daher

ist es auch nicht überraschend, dass er mit dem EGD keine Freude hat. Selten ist die Verbindungen von Geschäftsinteresse und politischer Positionierung so einfach wie im Fall von ANO. Kapitalinteressen dürften aber auch bei bremsenden Positionierungen auch anderer Renew-Mitgliedsparteien gegenüber dem EGD eine Rolle spielen (Vallet 2024: 28).

Auch die Grünen mussten mit einem Rückgang des Anteils der Sitze von 10% am Ende der Legislaturperiode 2019-2024 auf nur noch 7,36% deutlich Federn lassen (European Parliament 2024b & c). Hier scheinen die Gründe komplexer. Auch hier hat eine zentrale Partei, die deutschen Grünen, massive Verluste erlitten, aber auch andere Grüne Parteien verloren z.T. deutlich an Stimmen. Die österreichischen Grünen verloren leicht an Stimmen. Möglicherweise stößt der stark technokratische Zugang an Grenzen (vgl. allgemein Engelen 2023: 145). Der deutsche Fall zeigt einige Problemfelder für Grüne Parteien auf. So stießen die deutschen Grünen auf Probleme der Durchsetzung ökologischer Politik in einer Koalition, in der es erhebliche Widerstände gegen ökologische Maßnahmen gibt. So fragt Nick Reimer (2024: 7) rhetorisch: „Vielleicht zielte die Stimmverweigerung (für die Grünen, JB) auch darauf die Leistungen in Sachen Klimapolitik abzustrafen?“ Dann zählt er eine ganze Latte von Versäumnissen der deutschen Grünen auf. Auch wurde im deutschen Fall bei der Vorbereitung eines Schlüsselgesetzes – des Heizungsgesetzes – sozialen Aspekten, aber auch unterschiedlichen Bauformen in Stadt und Land zu wenig Rechnung getragen. Aber auch andere umstrittene Politikfelder dürften eine Rolle spielen. So stimmten Grüne Parteien in Koalitionen teilweise der restriktiven Asylreform der EU zu. Auch haben sich Grüne Parteien teils in besonders militanter Weise für Waffenlieferungen an die Ukraine stark gemacht – während sie in fernerer Vergangenheit einmal anti-militaristische Zugänge hatten (vgl. zu den deutschen Grünen Luft 2023).

Umschichtungen bei der Sozialdemokratie und Linken

Die sozialdemokratische Fraktion hat ihren Anteil an den Sitzen im Europaparlament nicht ganz gehalten: Betrug er zum Ende der letzten Legislaturperiode 19,57%, belief er sich im neuen EU-Parlament Mitte Juli auf 18,89% (European Parliament 2024b&c). Allerdings ist bei den SozialdemokratInnen eine geographische Gewichtsverlagerung festzustellen: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) hat weiter verloren. Das ist einerseits auf ihr fehlendes soziales Profil, andererseits aber anscheinend auch auf ihre Unterstützung massiver deutscher Waffenlieferungen an die Ukraine zurückzuführen (vgl. zu Letzterem Puschner 2024: 1). In Zentralosteuropa droht der Sozialdemokratie zum Teil das völlige Aus. In der Tschechischen Republik, wo die Sozialdemokratie vor einigen Jahren noch den Premierminister stellte, ist das bereits der Fall. In Polen, wo die Sozialdemokratie fast nur noch eine liberale Agenda verfolgt, deutet sich, wie Błażej Szymankiewicz (2024: 27) schreibt, eine ähnliche Entwicklung an. Im Gegensatz zur SPD haben die südeuropäischen Mitgliedsparteien der sozialdemokratischen Fraktion, wie der italienische L'Espresso hervorhebt, stärker abgeschnitten (Turco 2024: 17). Dort haben die sozialdemokratischen bzw. Mitte-Links-Formationen in den letzten Jahren tendenziell ihr soziales Profil geschärft. Sie haben ein manifestes Interesse an der Lockerung der EU-Austeritätsregeln.

Auch die Linke konnte ihr Ergebnis in etwa halten. Ihr Anteil legte ganz leicht von 5,24% auf 5,42% Ende Juni zu. Durch den Beitritt des italienischen Movimento 5 Stelle kommt die Linken-Fraktion bei der Konstituierung sogar auf 6,39% der Parlamentssitze (European Parliament 2024a&b&c). Auch hier kam es zu Umschichtungen. Katastrophal war das Ergebnis der deutschen Linken, die sich vor einigen Monaten gespalten hatten und die ein klares Profil vermissen lässt. Dafür schnitten Linksparteien in manchen anderen Ländern, darunter Italien und die skandinavischen Länder, relativ gut ab. Die Linke ist in ihrer Haltung zum EU-Integrationsprojekt mit seinem betonierten neoliberalen Regelwerk heterogen. In der Betonung der sozialen Frage und der Notwendigkeit eines sozial-ökologischen Umbaus (nicht allerdings in den konkreten Wegen) ist die Linke in der EU allerdings recht einig. In der Haltung zum Krieg in der Ukraine gibt es in den Linksparteien, aber auch zwischen den Linksparteien erhebliche Differenzen (vgl. Hildebrandt 2024). Im Gegensatz zur nationalistischen Rechten hat dies allerdings bei der Linken nicht zur Spaltung in unterschiedliche Fraktionen im Europaparlament geführt. Bei der deutschen Linken war die unklare Haltung zum Krieg in der Ukraine allerdings einer der Faktoren, der zur Abspaltung des Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) geführt hat.

Alle eher linksorientierten Kräfte haben ein Problem, ein Bündnis aus Mittelklasse und popularen Klassen zusammenzubringen.

Verschiebungen der Kräfteverhältnisse

Es ist im Europaparlament zu einer leichten Kräfteverschiebung hin zur – institutionell und geopolitisch gespaltenen – nationalistischen (Ultra-)Rechten und zu einer deutlichen Schwächung der Grünen gekommen. Für die Bildung der Europäischen Kommission und die Politik der EU sind allerdings die Kräfteverhältnisse im Europaparlament nur ein Faktor. Von zentraler Bedeutung sind auch die nationalen Regierungen. Sie benennen die Kommissare und spielen auch eine Schlüsselrolle in der EU-Gesetzgebung. Auf nationalstaatlicher Ebene ist die Regierungsbeteiligung auch von ultrarechten nationalistischen Parteien inzwischen zu etwas „Normalen“ geworden. Fidesz stellt in Ungarn seit vielen Jahren die Regierung. Die post-faschistischen Fratelli d'Italia sind die zentrale Regierungsformation in Italien, die PVV ist die stärkste Regierungspartei in den Niederlanden, die extreme Rechte ist Teil der Regierungskoalition in Finnland bzw. toleriert diese in Schweden. Die gemäßigteren Nationalisten der ODS sind zentraler Bestandteil der tschechischen Regierung – und die flämisch-nationalistische Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA) gilt nach den Parlamentswahlen in Belgien als Anwärterin auf den Premierposten. Neoliberale Wirtschafts- und oft auch Sozialpolitik bildet eine Klammer zwischen den rechtsnationalistischen Parteien einerseits und christdemokratischen und liberalen Parteien andererseits, besonders in den Zentrumsstaaten.

Die europäische Kernmacht Deutschland ist ökonomisch in einer strukturellen Krise, speziell das deutsche Industriemodell mit seiner Spezialisierung auf Automobilindustrie, Großchemie und Maschinenbau. Die Ampelkoalition zeichnet sich durch starke Spannungen und Konflikte aus. Dies hat auch Konsequenzen für die deutsche EU-Politik. Immer wieder kehrte die FDP in letzter Minute das deutsche Abstimmungsverhalten in wichtigen EU-Gesetzen, wie beim Verbrennungsmotor, um. Damit wurden die

Positionierung der Kernmacht immer unberechenbarer (Kafsack 2024: 18). Für die EU-Politik ist die Abstimmung zwischen der deutschen und französischen Regierung zentral. Nach dem starken Abschneiden des RN rief der französische Präsident Emmanuel Macron kurzfristig nationale Parlamentsneuwahlen aus. Die heterogene Linke vermochte durch ihren raschen Zusammenschluss und ein taktisches Übereinkommen mit Macrons Liberalen bei den Stichwahlen einen Durchmarsch des Rassemblement National (RN) zu verhindern. Die Linkskräfte sind im neuen Parlament die stärkste Kraft, aber deutlich von der absoluten Mehrheit entfernt. Macrons Liberale schlossen zwar beim zweiten Wahlgang ein taktisches Übereinkommen mit den Linken, allerdings mit teils starken Vorbehalten, vor allem gegen La France insoumise. Die neue Konstellation wird sehr instabil sein. An Bedeutung gewonnen hat als dritter Staat Italien mit seiner – deutlich stabileren – Rechtsregierung. Manche BeobachterInnen, wie Sławomir Sierakowski (2024: 21), sehen aus geopolitischen Gründen auch eine politische Aufwertung Polens in der EU. Allerdings gehört Polen zu abhängigen Semiperipherie in der EU, was auch dessen politischen Ambitionen Grenzen setzt.

Im Umfeld der Europaparlamentswahlen ventilierten prominente VertreterInnen der EVP erstmals eine Ausweitung der informellen Regierungskoalition nach rechts: konkret in Richtung der ECR und speziell der Fratelli d'Italia. Das gestiegene Gewicht der Ultra-Rechten auf nationalstaatlicher Ebene ist aus Sicht von Nóra Hajdu (2024: 5) der Hauptgrund, warum Manfred Weber, der EVP-Fraktionsvorsitzende, den Kontakt zu Meloni suchte. Akzeptabel wurden die Fratelli d'Italia für führende EVP-VortreterInnen durch ihre geopolitische Orientierung gegen Russland. Von der Leyen sah durch die Fratelli d'Italia auch die Rechtsstaatlichkeit gewährleistet (vgl. ihre Äußerungen in FAZ 2024a: 1). Allerdings stößt der Umbau der Gerichtsbarkeit in Italien auf deutliche Ablehnung in der Richterschaft, wie Präsident der Richtervereinigung, Guiseppe Santalucia, jüngst in einem Interview mit L'Espresso deutlich machte. Er zog Parallelen mit der PiS-Politik in Polen (Santalucia 2024: 28). Die Pläne der Fratelli d'Italia zum Staatsumbau gehen noch weiter als in die Fidesz-Politik in Ungarn oder die PiS-Politik in Polen. So soll die Regierungschefin direkt gewählt werden und eine siegreiche Koalition, sofern sie mehr als 20% der Stimmen erhält, mit 55% der Parlamentssitze bedacht werden (vgl. Ainis 2024: 63 ff.). Mitte Juni dieses Jahres wurden durch die Nachrichtenseite „Fanpage“ zahlreiche interne Chats und heimliche Filmmitschnitte von Veranstaltungen der Jugendorganisation der Fratelli d'Italia, Gioventù Nazionale, bekannt, die von Rassismus und Anti-Semitismus strotzen. So heißt beispielsweise: „Die Juden sind eine Kaste, sie machen ihr Geld wegen des Holocausts“ (zit. nach Rüb 2024: 17). In Aufnahmen sind bei einer Veranstaltung „Sieg Heil“- und „Duce! Duce!“-Rufe zu vernehmen. Parteivorsitzende Meloni reagierte erst spät. Sie verurteilte die Vorfälle, aber auch besonders vehement die Recherchemethoden der JournalistInnen (Rüb 2024: 17). Für Teile der EVP sind rechtsautoritär grundierte Orientierung der Fratelli d'Italia anscheinend kein Problem für eine engere Zusammenarbeit. Giorgia Meloni war gerade im Hinblick auf den post-faschistischen Charakter ihrer Partei an einer Einbeziehung in die informelle Koalition auf EU-Ebene gelegen.

Diese kam letztlich nicht zustande. Die SozialdemokratInnen sprachen sich dagegen aus – und sind für eine Mehrheit im Europaparlament unverzichtbar. In einer informellen Runde machten RegierungsvertreterInnen der christdemokratischen, sozialdemokratischen und liberalen Parteienfamilie die Besetzung von Schlüsselposten in

der EU aus: Ursula von der Leyen (EVP) als Kommissionspräsidentin, der Sozialdemokrat António Costa als EU-Ratspräsidenten und die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas für die Liberalen als Außenbeauftragte (FAZ 2024b: 1). Die Nominierung von Kallas ist eine klare geopolitische Ansage. Kallas ist für ihre scharf anti-russische Position bekannt und hat auch in der estnischen Innenpolitik für sprachpolitische Maßnahmen gegen die russisch-sprachige Minderheit gesorgt (Meißner 2024: 2). In einer zweiten Runde der Postenbesetzung – nämlich bei der Benennung des italienischen Kommissars – wird auch Meloni zum Zuge kommen – allerdings nicht in ihrer Funktion als Vorsitzende der Fratelli d’Italia, sondern in ihrer Funktion als italienische Ministerpräsidentin (FAZ 2024b: 1). In der neuen EU-Kommission wird sich die Rechtsverschiebung auf nationalstaatlicher Ebene widerspiegeln.

Im Europaparlament verfügen Christ- und SozialdemokratInnen sowie Liberale zwar rechnerisch über eine klare Sitzmehrheit, allerdings ist die Fraktionsdisziplin deutlich geringer als in nationalen Parlamenten. Auch für die Kandidatin für die KommissionspräsidentIn, Ursula von der Leyen, gab es selbst innerhalb ihrer Fraktionen Unsicherheiten über das Abstimmungsverhalten.¹ Das galt vor allem für zwei besonders rechtsgerichtete EVP-Mitgliedsparteien, die französischen *Républicains* und die *Slovenska demokratska stranka* (SDS) von Janez Janša, die sich gegen die Nominierung von der Leyens ausgesprochen hatten (Žerjavič 2024: 5). Von der Leyen suchte daher noch breitere Unterstützung.

Ausblick

Die neue EU-Kommission wird vermutlich in einem politisch instabilen Umfeld agieren. Sie wird sozio-ökonomischen Fragen dem weiteren Rechtsruck mit sozial regressiver Politik Rechnung tragen und sich geopolitisch auf die politischen Kräfte stützen, die eine globale Wiederherstellung der Dominanz der Zentrumsmächte anstreben. Hierbei erkennen die Pro-NATO-Kräfte die Vorrangstellung der USA an. Ein Wahlsieg Trumps in den USA würde sie allerdings vor neue Fragen stellen. Der verstärkte geopolitische Aktivismus der EU stellt auch eine Flucht aus den inneren Krisen und Kohäsionsproblemen dar. Er dürfte mit einer weiteren Militarisierung der EU-Politik einhergehen. So ist beispielsweise die „gemeinsame“ Mobilisierung von mehr Mitteln für Rüstungsinvestitionen vorgesehen, allerdings verwahrte sich der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz gegen eine gemeinsame EU-Schuldenfinanzierung für die Rüstung. (FAZ 2024c: 20). Die Militarisierung der Politik ist zwar parteipolitisch auf nationalstaatlicher und EU-Ebene stark verankert, in den meisten EU-Staaten aber kein gesellschaftlicher Konsens. Im Fall des Krieges in der Ukraine wird die eskalations skeptische Position primär von rechtsnationalistischen Parteien vertreten. Sie repräsentieren allerdings keine grundsätzliche friedenspolitische Position, die auf eine Entmilitarisierung der Politik und die Schaffung einer neuen multipolaren Sicherheitsarchitektur setzen würde. Solche Positionen sind eher bei einzelnen Links- und Mitte-Links-Kräften zu finden.

Die neoliberale Orientierung auf Wettbewerbsfähigkeit dürfte in einer sehr traditionellen Ausprägung eine weitere Akzentuierung erfahren. Vor einigen Monaten sind die restriktiven Budgetregeln weitgehend wieder in Kraft gesetzt worden. Damit präsentiert sich die EU wieder als Austeritätsunion, was sozialer Unzufriedenheit weiter Auftrieb

geben wird und sowohl dem Abbau regionaler Ungleichheiten als auch sozial-ökologischen Umbauplänen enge Grenzen setzt. Der Debattenteil setzt sich mit den Perspektiven der Ökologienpolitik der EU auseinander. Christian Berger und Joel Tölgyes zeichnen Grundlinien der bisherigen Umwelt- und Klimapolitik der EU nach und argumentieren, dass durch Maßnahmen des EGD trotz politischen Gegenwinds „zentrale Klimaschutzpolitische Ziele und Maßnahmen (...) beschlossen worden“ sind. Sie setzen auf die schon erfolgte Institutionalisierung. Joachim Becker zeigt sich skeptischer. Er sieht durch Druck des fossilen Kapitals und den Bedeutungsgewinn einer anti-ökologischen Rechten die Gefahr einer Regression. Beide Beiträge betonen allerdings die Notwendigkeit einer sozialen Ausbalancierung ökologischen Umbaus, um diesem eine breite soziale Akzeptanz zu verschaffen.

Anmerkungen

1 Die Wahl der KommissionspräsidentIn erfolgte nach Redaktionsschluss.

Literatur

- Ainis, Michele (2024): Capocrazia. Se il presidenzialismo ci manderà all'inferno. Milano
- Balibar, Étienne (1990): Rassismus und Krise. In: Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel: Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg/Berlin, 261-272
- Die Presse (2024): „Patrioten für Europa“: Lega und Rassemblement National schließen sich Kickls EU-Fraktion an. In: Die Presse, 8. Juli (www.diepresse.com/18646381/patrioten-fuer-europa-lega-und-rassemenblement-national-schliessen-sich-kickls-eu-fraktion-an?ref=home_aktuell; 8.7.2024)
- Engelen, Ewald (2023): Boze burgers en boeren. Autopsie van en tijdperk. O.O.
- European Parliament (2024a): European Parliament 2024-2029. Provisional results. (<https://results.elections.europa.eu/en/european-results/2024-2029/>; 3.7.2024)
- European Parliament (2024b): European Parliament 2019-2024. Outgoing Parliament. (<https://results.elections.europa.eu/en/european-results/outgoing-parliament/>; 3.7.2024)
- European Parliament (2024c): European Parliament 2024-2029. Provisional results. (<https://results.elections.europa.eu/en/european-results/2024-2029/>; 15.7.2024)
- FAZ (2024a): Scholz stellt Bedingungen für Unterstützung von der Leyens. In: Frankfurter Allgemeine, 27. Mai, 1
- FAZ (2024b): Von der Leyen soll Präsidentin der EU-Kommission bleiben. In: Frankfurter Allgemeine, 26. Juni, 1
- FAZ (2024c): Scholz schließt EU-Finanzierung von Rüstungsprojekten aus. In: Frankfurter Allgemeine, 29. Juni, 20
- FPÖ (2024): Wahlprogramm der FPÖ. Weg mit dem EU-Speck! (<http://api.fpoe.at/eu-wahl-2024/programm/>; 1.7.2023)
- Hajdu, Nóra (2024): Nincs új D-Day. In: Élet és irodalom, 14. Juni, 5
- Halmai, Katalin (2024): Nem áll jól a Fidesz szénája. In: Népszava, 21. Juni, 8
- Hildebrandt, Cornelia (2024): Die europäischen Linksparteien in der Zeitenwende. In: Sablowski, Thomas/Wahl, Peter (Hg.): Europäische Integration in der multiplen Krise. Zukunftsaussichten der Europäischen Union. Hamburg, 162-172
- Kalukin, Rafał (2023): Moc suwerena. In: Polityka, 25. Oktober, 12-15
- Kafsack, Hendrik (2024): Votum auf deutsche Art. In: Frankfurter Allgemeine, 3. Februar, 18
- Lucke, Stefan et al. (2024): Die neuen Freunde der AfD in Europa. In: Frankfurter Allgemeine, 12. Juli, 5
- Luft, Stefan (2023): Die Grünen und der Krieg. In: Kostner, Sandra/Luft, Stefan (Hg.): Warum Europa eine neue Entspannungspolitik braucht. Frankfurt/M., 249-277
- Meißner, Gerd (2024): Eiserne Lady. In: Der Freitag, 4. Juli, 2
- Orbán, Balázs (2023): Huszárvalgás. A konnektivitás magyar stratégiája. Budapest
- Popp, Nico (2024): Rechte Reste gesammelt. In: Junge Welt, 11. Juli, 2

- Právo (2024): ANO opouští liberály kvůli migraci. In: Právo, 22. Juni, 5
- Puschner, Sebastian (2024): Der Krieg im Osten und die Ampelkoalition. Nach den Europa- ist vor den Landtags- wahlen. In: Der Freitag, 20. Juni, 1
- Reimer, Nick (2024): Klimaschutz ist wichtig. Gewählt wird er nicht. In: Der Freitag, 13. Juni, 7
- Rüb, Matthias (2024): Die Parteijugend von Meloni übt sich in Judenhass und Rassismus. In: Frankfurter All- gemeine, 5. Juli, 17
- Rzepski, Grégory (2024): Aux yeux du monde. In: Le Monde diplomatique, 70(844), 5
- Santalucia, Giuseppe (2024): Ma che riforma? È vendetta contro i giudici. In: L'Espresso, 28. Juni, 26-31
- Serdült, Viktória/Szabó, Yvette (2024): A füstje meg a lángja. In: HVG, 11. Juli, 8-9
- Sierakowski, Sławomir (2024): Skutoční vítazi európskych volieb. In: Denník N, 21. Juni, 21
- Szymaniewicz, Błażej (2024): Liberální únos. Tragédie polské levice. In: A2, 19. Juni, 27
- Turco, Susanna (2024): La tela europea di Meloni e Schlein. In: L'Espresso, 14. Juni, 15-17
- Vallet, Cédric (2024): Green Deal Européen: Après les avancées, le retour de manivelle. In: Alternatives économi- ques, Nr. 446, Mai, 26-28
- Vražda, Daniel (2020, 2. erw. Aufl.): Kotleba. Bratislava
- Wiegel, Michaela (2024): Ende der Alleinherrschaft. In: Frankfurter Allgemeine, 3. Juli, 6
- Žerjavič, Peter (2024): Ursula von der Leyen ni pogodu slovenskim evroposlancem. In: Delo, 12. Juli, 5